

# Sozialberatung Ruhr e. V.

## Jahresbericht 2017

Sozialberatung Ruhr e. V.  
Am Bergbaumuseum 37  
44791 Bochum  
Tel. 0176 90792578  
[www.sozialberatung-ruhr.de](http://www.sozialberatung-ruhr.de)

# Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Entwicklung der Mitgliederzahlen	3
Beratungszahlen	3
Erfolgsstatistik	4
Mitgliederzusammensetzung nach Geburtsländern	4
Das Team	4
Finanzierung	5
Aussichten	5

## **Vorwort**

Im Jahre 2006 wurde die Sozialberatung Bochum e. V. gegründet.

Sinn und Zweck der Sozialberatung Bochum und nach der Umbenennung im Oktober 2008 natürlich auch der Sozialberatung Ruhr e. V. ist es, den Personen, die darauf angewiesen sind, staatliche Transferleistungen im Sinne des SGB II, SGB III und SGB XII zu beziehen, eine Stimme zu verleihen.

Ein wichtiger Aspekt unserer Tätigkeit ist es, Menschen behilflich zu sein, wieder (oder erstmalig) Fuß im Arbeitsmarkt zu fassen und ihnen dabei behilflich zu sein, geeignete Fort- oder Ausbildungsmaßnahmen zu beantragen und somit ihre Vermittlungsfähigkeit und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In diesem Zusammenhang beraten wir über Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Weiterhin beraten wir in persönlichen Konfliktsituationen und versuchen, angemessene, individualisierte Lösungsstrategien zu entwickeln. Weiterhin bieten wir Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen.

## **Entwicklung der Mitgliederzahlen**

Auch im Jahre 2017 hatten wir einen Zuwachs an Mitgliedern. Er betrug 153 Neumitglieder und entspricht in etwa dem außergewöhnlich hohen Zuwachs des Jahres 2016. Die Zuwachszahlen betragen 2014 106, 2015 146 und 2016 151 Neumitglieder.

Die hohen Mitgliedszuwächse dürften auf eine Vielzahl von Gründen zurückzuführen sein. Hierbei spielt sicherlich der immer größere Bekanntheitsgrad eine Rolle, da unsere Neumitglieder im Wesentlichen aufgrund von Empfehlungen anderer Mitglieder zu uns kommen.

Einen weiteren Grund mag man aber auch darin begründet sehen, dass die Bundesagentur für Arbeit und über die Dienstvorschriften damit indirekt auch die Jobcentren der verschiedenen Ruhrgebietsgemeinden immer restriktiver mit den Hilfesuchenden umgehen. Dies gilt für den Bereich der Eingliederungsvereinbarungen, der Einladungen nach § 309 SGB III sowie auch der Verhängung von Sanktionen.

Ein weiterer Grund mag auch darin liegen, dass die Bescheide immer undurchsichtiger werden und die Hilfesuchenden immer mehr beim Ausfüllen der Antragsvordrucke, die im Übrigen auch hinsichtlich der Anzahl deutlich angestiegen sind, verzweifeln.

## **Beratungszahlen**

Im Jahre 2017 wurden in Bochum 660 persönliche und 309 telefonische Beratungen durchgeführt, insgesamt also 967 Beratungen.

Auch hier ist ein eindeutiger Trend festzustellen, da im Jahre 2013 611 Beratungen durchgeführt wurden, 2014 798, 2015 936 und 2016 964 Beratungen. Der Bera-

tungsbedarf ist insofern immens und wie sich aus den vorgenannten Zahlen ergibt deutlich ansteigend bzw. auf hohem Niveau stagnierend. Die staatlicherseits von der Landesregierung bzw. dem rot-grünen Regierungsbündnis in Bochum finanzierten Beratungsstellen führen keineswegs dazu, dass die Beratungszahlen sinken. Im Ergebnis ist insofern festzuhalten, dass die hohen Kosten, die die durch den Staat finanzierten Beratungsstellen nach sich ziehen, nicht zu einer Verbesserung der Beratungssituation vor Ort führen. Dies ist allerdings keine Bochumer Spezialität, sondern ist auch in anderen Städten z. B. in Essen zu beobachten.

## **Erfolgsstatistik**

Auch im Jahre 2017 haben wir eine Erfolgsstatistik geführt. Die von uns eingelegten Rechtsmittel (Widersprüche, Klagen etc.) waren in 51,93 % aller Fälle erfolgreich.

Wenn man nun einen Vergleich anstellt zwischen den Jahren 2014, in dem wir zum ersten Mal eine Erfolgsquote erfasst haben, 2015, 2016 und 2017 fällt auf, dass die Anzahl der erfolgreichen Rechtsmittel von 57,14 % in 2014 auf 59,73 % in 2015 und 47,49 % in 2016 auf nunmehr wieder 51,93 % angestiegen ist.

Dies bedeutet im Klartext, dass jeder zweite Bescheid falsch ist. Eine solche Fehlerquote ist viel zu hoch und kann eigentlich nicht hingenommen werden. Erschreckender ist für uns allerdings, dass diese hohen Fehlerquoten sich über viele Jahre erstrecken.

Auch unter diesem Gesichtspunkt halten wir die seinerzeitigen Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) für vollkommen gescheitert. Die Verwaltung ist nicht in der Lage, korrekte Bescheide in der Masse zu fertigen.

## **Mitgliederzusammensetzung nach Geburtsländern**

Mit Stichtag 31.12.2017 waren 71,79 % der Mitglieder Personen, die in Deutschland geboren sind, 10,22 % in Nordafrika und dem Nahen Osten, 5,97 % in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, 3,36 % in der Türkei, 7,39 % im restlichen Europa, 0,74 % in Afrika südlich der Sahara, 0,37 % in Asien, 0,18 % in Südamerika einschl. der Karibik und 0,06 % in den USA (die über 100 % liegende Wert ist auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen).

Im Hinblick auf die Jahre 2015 und 2016 haben sich keine relevanten Veränderungen ergeben.

## **Das Team**

Auch die personelle Zusammensetzung der Sozialberatung Ruhr unterliegt praktisch keinen Schwankungen. Insofern gelten im Kern die Ausführungen der Vorjahre zum Team.

## **Finanzierung**

Auch in Bezug auf die Finanzierung der Sozialberatung Ruhr gibt es keine Veränderung gegenüber den Vorjahren. Wir sind nach wie vor ausschließlich auf Mitgliedsbeiträge, Spenden und Gebühreneinnahmen angewiesen.

Nach wie vor erhalten wir keinerlei öffentliche Mittel, unabhängig davon, ob es sich um kommunale Finanzmittel, Länder-, Bundesfinanzmittel oder Mittel aus dem Europäischen Sozialfond handelt.

## **Aussichten**

Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Stimmen in der Politik zu dem Ergebnis kommen, dass die Hartz-IV-Reformen komplett gescheitert sind, stellt sich die Frage, wie lange die Politik noch an diesem System festhalten will.

Bevor allerdings das Parlament eine Neuregelung der sozialen Unterstützungssystem beschließt, wäre es mehr als sinnvoll, einen gesellschaftlichen Diskurs zu führen, wie das System ausgestaltet sein sollte. Die seinerzeitige Hauruck-Lösung mit Hartz IV jedenfalls war nicht sinnvoll und hat zu den bekannten sozialen Verwerfungen geführt. Eine Wiederholung dieses Vorgangs erscheint uns nicht sinnvoll.

15.04.2018